

Anmerkung: im folgenden Struktur-Entwurf sind alle informell mehrheitlich angenommen Anträge zu finden, die meisten bereits beschlossenen, einige, die noch in der Diskussion sind, sowie ein paar, die bislang mehrheitlich abgelehnt werden, aber voraussichtlich doch zur Abstimmung gebracht werden. Es geht hierbei um einen ersten Überblick! Die Programmanträge sind alle noch in der Rohfassung und noch nicht redaktionell bearbeitet!

Mein Vorschlag für die Struktur ist im Inhaltsverzeichnis auf Seite 2 zu finden. Ich habe bewusst „humorige“ Kapitelüberschriften gewählt. Das müssen wir nicht machen. Meine persönliche Meinung ist aber, dass wir uns damit von dem üblichen Bla-Bla direkt einmal abheben. Unsere Inhalte sind seriöslich genug, so dass wir uns das imho leisten können.

Michael



Kommunales Wahlprogramm der Piratenpartei Bielefeld

(Struktur-Entwurf von Michael)

Liebe & Glück

(Queerpolitik, Sexarbeit)

Der Rubel muss Rollen

(Wirtschaft & Finanzen)

Law & Order

(Demokratie, Bürgerbeteiligung, Transparenz, Verwaltung, Inneres)

Buddeln & Baggern

(Stadtentwicklung, Verkehr, Infrastruktur)

Familiengedöhns

(Soziales, Bildung, Kultur, Sport, Kinder, Jugend, Laizismus)

Ökozeug

(Umwelt, Klimaschutz, Energie)

„Liebe und Glück“

Liebe

Liebe doch einfach so, wie du bist!

Ob zu zweit, zu dritt oder mit mehreren. Ob mit gleichen oder unterschiedlichen Geschlechtern. Es existieren bereits jetzt sehr viele unterschiedliche Modelle, in denen Menschen füreinander Sorge tragen. Und alle sind Familie. Und gehören gleichermaßen gefördert. Unsere Liebe und Sorge füreinander macht uns zur Familie, nicht ein Trauschein.

Geschlechter- & Familienpolitik

Wir PIRATEN stehen für eine zeitgemäße und gerechte Familienpolitik, die auf der freien Selbstbestimmung über das persönliche Leben beruht. Wir wollen, dass Politik der schon bestehenden Vielfalt gerecht wird. Die einseitige Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle muss überwunden werden. Für alle Formen der Partnerschaft – homosexuell, heterosexuell und Liebesbeziehungen zu mehr als einem Menschen – fordern wir eine eingetragene Partnerschaft und die rechtliche Gleichstellung mit der heutigen Ehe. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen besonderen Schutz und Unterstützung. Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates müssen Kindern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Queer in Bielefeld

Wir Bielefelder Piraten sehen es als Aufgabe der Kommunalpolitik an, ein Umfeld zu schaffen, in dem Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTTI) sowie Menschen, die sich als Queer verstehen, offen, selbstbewusst und gleichberechtigt leben können.

Wir wollen, daß Queerpolitik als Querschnittsaufgabe in der Kommunalpolitik mitgedacht wird. Im Dialog mit den bestehenden Selbsthilfe- und Beratungsstellen sollen Probleme und Bedürfnisse identifiziert werden. Hierdurch soll die Grundlage für unterstützende Maßnahmen geschaffen werden.

Die Beratungszentren, Selbsthilfegruppen, die schwul-lesbische Selbstorganisation und die schwul-lesbische Jugendarbeit mit der zugehörigen Beratungstätigkeit an Schulen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gleichstellung. Diese Arbeit wollen wir fördern und stärken. Ein besonderes Augenmerk möchten wir hierbei auf die Angebote für LSBTTI Jugendliche legen.

Neben der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung geht es uns vor allem um den Schutz vor Gewalt und Diskriminierung.

Wir brauchen mehr qualifizierte psychosoziale Beratungsstellen, um die bei jugendlichen Queer erschreckend hohe Selbstmordrate zu bekämpfen, welche von einem großen gesellschaftlichen Druck herrührt.

Unser Ziel ist es, die sozio-kulturelle Vielfalt aus MigrantInnen, Queer und Menschen mit Behinderung konstruktiv zu nutzen und deren soziale Teilhabe zu fördern. Das betrifft alle

Ebenen der Stadtverwaltung, städtische Beteiligungen, wie auch gleichermaßen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unserer Stadt.

Sexarbeit

Aus dem BTW Programm:

"Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution fällt

- unter das Recht auf freie Berufswahl sowie
- unter das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution ist daher von Staat und Gesellschaft zu akzeptieren. Eine Diskriminierung und Kriminalisierung von Sexarbeitern und ihren Kunden lehnt die Piratenpartei ab.

Selbstbestimmt tätige Sexarbeiter sind keine Opfer. Vielmehr üben sie ihren Beruf eigenverantwortlich auf der Grundlage einer freien Entscheidung aus. Ihre Tätigkeit bedarf besonderer Fähigkeiten und Kenntnisse und verdient gesellschaftliche Anerkennung. Deshalb werden wir alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und die Rechte von Sexarbeitern sicherzustellen.

Die Stärkung der Rechte selbstbestimmt tätiger Sexarbeiter ist das beste Mittel gegen jedwede Fremdbestimmung. Sie dient der rechtlichen Gleichbehandlung sowie der freien und ungehinderten Berufsausübung."

<https://prostitution.piratenpad.de/portal>

Mögliche Forderungen für Bielefeld:

- ~~Aufhebung von Sperrbezirken~~
- ~~Aufstellung von Verrichtungsboxen oder Ähnlichem~~
- Zusammenarbeit aller Beteiligten (Stadt, Polizei, Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen, Bürger) zur Ausarbeitung eines Konzepts das den oben genannten Ansichten gerecht wird

Glück

Die Piratenpartei Bielefeld wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt Bielefeld eine regelmäßige anonyme Befragung der Bürger durchführt, um das allgemeine und spezielle Wohlergehen, einen „Glücksindex“, der Einwohner Bielefelds zu ermitteln. Diese ermittelten Indikatoren sollen in turnusmäßigen Abständen wiederholt und bewertet werden und Grundlage für die Entscheidungen von Verwaltung und der Kommunalpolitik sein.

Basis der Idee ist der Index "Brutto-National-Glück" des Staates Bhutan

„Der Rubel muss Rollen“

Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Bielefelder Piratenpartei fordert die Einführung eines kommunalen Bedingungslosen Grundeinkommens. (zu Testzwecken)

Strukturpolitik

Die Bielefelder Piraten setzen sich für eine nachhaltige Stärkung der Stadt Bielefeld als dynamischen Wirtschaftsstandort ein. Neben herkömmlichen Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung, wie der Ausweisung attraktiver Ansiedlungsgebiete zur Förderung von Unternehmensinvestitionen, muss sich die Strukturpolitik der Stadt Bielefeld neuen Wegen öffnen. Dazu gehören die ortsunabhängige Arbeit, dezentrale Produktion und der freie Austausch von Wissen. Die Piratenpartei Bielefeld lehnt direkte Subventionen in Form von Zahlungen oder Vergünstigungen an Unternehmen und Wirtschaftende ab, die keinen Verpflichtungscharakter in Form einer Gegenleistung entstehen lassen.

Haushaltspolitik

Die desolante Haushaltslage der Stadt Bielefeld erfordert es, dass alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Bei den notwendigen Einsparungen muss jedoch in jedem Fall auf soziale Verträglichkeit geachtet werden. Kürzungen auf Kosten von Familien, Kindern oder sozial benachteiligten Bürgern zur Erreichung kurzfristiger Haushaltsziele sind nicht nur ungerecht, sondern langfristig auch kontraproduktiv und kostspielig. Um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Haushaltsplanung mitzuwirken und die Verwendung öffentlicher Gelder zu beeinflussen, setzen wir uns für die Einführung eines Bürgerhaushaltes in der Stadt Bielefeld ein.

Transparenz in der Haushaltspolitik

Der Haushaltsplan der Stadt Bielefeld soll - umfassend und in Bezug auf die jeweiligen Fachbereiche - in verständlicher Sprache und visuell aufbereitet den Bürgern regelmässig zur Verfügung gestellt werden. Die Bürger sollen sich jederzeit über die Einnahmen- und Ausgabensituation, Investitionen sowie die Anzahl der Mitarbeiter der Stadt und städtischen Unternehmen sowie aller sonstigen städtischen Beteiligungsgesellschaften inklusive sämtlicher Tochtergesellschaften informieren können.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert zudem die Umsetzung des Open Data Prinzips auch in Bezug auf die Veröffentlichung des Haushaltsplans der Stadt Bielefeld. Die Haushaltsdaten sollen demnach aufgeschlüsselt auch in digitaler Form vorliegen, so dass diese durch eine offene Schnittstelle maschinenlesbar abrufbar sind.

Der aktuelle Schuldenstand soll regelmässig auf der Internetseite der Stadt Bielefeld bekannt gegeben werden.

Transparenz in der Wirtschaftspolitik

Eine Einsichtnahme in Verträge der öffentlichen Hand ist aus Sicht der Piratenpartei ein grundsätzliches Recht des Bürgers. Die Verwendung der Haushaltsgelder muss für jeden nachvollziehbar und überprüfbar sein. Ausschreibungskriterien sind - insbesondere auch im Internet - zu veröffentlichen, so dass der Bürger den Entscheidungsprozess begleiten kann. Eine Veröffentlichung der abgegebenen Angebote nach Schließung der Angebotsphase wäre wünschenswert. Die öffentliche Auftragsvergabe und durch Steuermittel geförderte Projekte und Organisationen sind in einer zentralen Datenbank zu speichern und auf einem Online-Portal zu veröffentlichen.

Bürgerbeteiligung

Die Piratenpartei setzt sich für Bürgerentscheide ein. Vor allem bei Investitionen, welche die Stadt mit einem erheblichen finanziellem Risiko belasten oder sie maßgeblich beeinflussen in Bezug auf ihre ökologischen und infrastrukturellen Ressourcen. Diese Investitionen brauchen nach Meinung der Piratenpartei Bielefeld eine direkte Legitimation durch die betroffenen Bürger. Auch bei Entscheidungen zu Einsparungen und Kürzungen sollten die Bürger von Anfang an stärker beteiligt werden.

Fokus auf Zukunftstechnologien und Bildung

Wirtschaftlicher Erfolg in der Informationsgesellschaft ist zunehmend von Wissen und Informationen sowie deren Erschließung abhängig. Daher fordert die Piratenpartei Bielefeld eine Strukturpolitik, die zukunftssträchtige Technologieunternehmen fördert und einen finanziell entsprechend ausgestatteten Bildungsbereich als integralen Bestandteil kommunaler Wirtschaftsförderung begreift.

Förderung von Selbständigkeit

Selbständiges Unternehmertum ist eine wichtige Voraussetzung für eine kreative und eigenverantwortlich handelnde Gesellschaft. Wir sehen auch in kleinen, noch nicht etablierten Unternehmen Treiber von Innovation und qualitativem Wachstum. Der Weg in die Selbständigkeit muss soweit wie möglich frei von bürokratischen und finanziellen Hürden sein. Menschen, die diesen Weg für sich wählen, müssen von der Stadt informiert, unterstützt und gefördert werden

Öffentlich-private Partnerschaften ablehnen

Die Bielefelder Piratenpartei lehnt öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) ab, da sich herausgestellt hat, daß diese den Kommunen mehr Nachteile als Vorteile bringen. Stattdessen fordern wir, daß wenn es zu entsprechenden Kooperationen zwischen der Stadt und privaten Unternehmen kommt, die entsprechenden Verträge veröffentlicht werden müssen und erkennbar ist, daß sich für die Stadt langfristige Vorteile ergeben.

Außenwerbung

Die Bielefelder Piratenpartei spricht sich für eine deutliche Reduzierung der Außenwerbung aus, da wir der Ansicht sind, daß Außenwerbung die Stadt verschandelt, zu einer Verschwendung von volkswirtschaftlichen und ökologischen Ressourcen beiträgt und oft wenig bis gar keinen Informationsgehalt besitzt. Wir setzen uns dafür ein, daß deutlich weniger Genehmigungen für Werbetafeln erteilt werden und Werbung bevorzugt wird, die

einen echten Informationsgehalt besitzt, wie etwa Werbung für eine bevorstehende Zirkusveranstaltung oder Werbung für kleine Dienstleistungsunternehmen, die nicht in der Lage sind, im Fernsehen zu werben.

„Law & Order“

Politische Teilhabe

Die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, sich an den Sitzungen Ihres Stadtrates, in den Ausschüssen, Bezirksvertretungen und Arbeitskreisen aktiv zu beteiligen (z.B. durch Fragestunden zu Beginn). Die betreffenden Geschäftsordnungen müssen entsprechend angepasst werden.

Als moderne Mitwirkungsmöglichkeit sollen die Einwohner über das Internet die Gelegenheit bekommen, sich über kommunale Angelegenheiten einfach zu informieren und sich durch Fragen und Anmerkungen einbringen zu können.

Frühe Bürgerbeteiligung

Die Einwohner müssen früher als bisher in die Planung von Projekten eingebunden werden. Besonders bei öffentlichen Bauvorhaben wird die breite Öffentlichkeit oft erst wenige Wochen vor der Einspruchsfrist im Planfeststellungsverfahren mehr oder weniger umfassend informiert.

Wir fordern seitens der Verwaltungen die aktive Bürgereinbindung bereits vor dem Beginn der Planungen, damit Vorschläge der Einwohner noch berücksichtigt werden können.

Du entscheidest mit - Bürgerbegehren erleichtern

Selbst bei umstrittenen Projekten wird die Möglichkeit von Bürgerbegehren und -entscheiden nur selten genutzt.

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich bei der Piratenfraktion im Landtag NRW dafür ein, die Hürden für Bürgerentscheide zu senken.

Wir fordern, dass die Zulässigkeitsprüfung für das Bürgerbegehren durch den Rat vor dem Sammeln der Unterschriften erfolgt.

Auch der Stadtrat selbst soll bei wesentlichen Projekten zum Mittel des Ratsbegehrens greifen. Nach Offenlegung aller vorhandenen Informationen sollen die Bürger damit aktiv und verbindlich mitbestimmen.

Jugendparlament/Jugendrat/Jugendbeirat

Die Piratenpartei Bielefeld sieht große Potentiale in kommunalen Jugendparlamenten: Sie können helfen, bereits bei Jugendlichen ein Verständnis von Demokratie zu fördern.

Daher fordern wir die Schaffung eines Jugendparlaments, welches die Interessen der Kinder und Jugendlichen repräsentiert und über bestehende Probleme und aktuelle politische Themen beraten soll. Vertreter der Jugendparlamente sollen ein Teilnahme- und Rederecht an allen Ratssitzungen, Ausschusssitzungen und Arbeitskreissitzungen erhalten.

Kommunales Wahlrecht für Bürger aus nicht EU-Staaten

Die Piratenpartei Bielefeld engagiert sich für ein kommunales Wahlrecht, für alle ausländischen Staatsbürger, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und die sich seit

mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Wir streben gemeinsam mit der Piratenfraktion im Landtag NRW an, dass sich das Bundesland NRW im Bundesrat um eine dahingehende Änderung des Grundgesetzes bemüht.

Liquid Bielefeld

Die PIRATEN Bielefeld setzen uns für die Förderung von Liquid Democracy ein und wollen durch die Einführung eines Beteiligungssystems nach dem Vorbild von LiquidFriesland den Bielefelder Bürgern die Möglichkeit eröffnen Anträge an den Stadtrat zu stellen, sowie bei Entscheidungen Ihr Votum abzugeben.

Transparenz

Transparenz - Die Basis für Mitbestimmung

Die Bielefelder Piratenpartei strebt die zeitnahe, vollständige und für alle Bürger leicht zugängliche Veröffentlichung von Informationen an, die zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung förderlich sind. Mit den Informationen über anstehende Entscheidungen müssen sich die Bürger ein eigenes Bild über die jeweilige Sachlage machen können. Der Datenschutz betroffener Dritter ist hierbei zwingend zu beachten. Zudem müssen die Wege der Entscheidungsfindung klar kommuniziert werden. Der Status von Anfragen und Anträgen soll jederzeit öffentlich ersichtlich sein. Wir setzen uns für die Abschaffung der nicht öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen ein, sofern in diesen keine personenbezogene Daten behandelt werden.

Offene Verwaltung

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass alle Einwohner das Recht auf Einsicht in die Verwaltungsvorgänge und getroffenen Entscheidungen des Rates erhalten. Diese dürfen auch nicht hinter vorgeblichen Geschäftsgeheimnissen verborgen werden - was Rat und Verwaltung tun, geht alle Bürger an. Wir fordern den barrierefreien Zugang, auch in maschinenlesbarer Form. Die Kommunen sollen selbst aktiv eine Kultur der offenen Verwaltung vorleben.

Transparenz der kommunalen Volksvertretungen

Die Sitzungen der kommunalen Volksvertretungen können nur von wenigen Bürgern vor Ort verfolgt werden.

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich daher dafür ein, für den Stadtrat und dessen Ausschüsse folgende Regelungen einzuführen:

Veröffentlichung von Antragsvorlagen

Bereits vor der Sitzung sollen nicht nur Ort, Termin und Tagesordnung, sondern auch die öffentlichen Antragsvorlagen maschinenlesbar und barrierefrei veröffentlicht werden.

Streaming der Ratssitzungen

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, die Sitzungen des Stadtrats sowie mindestens des Haupt- und Beteiligungsausschusses der Stadt Bielefeld als Live-Stream und als OnDemand-Video für die Bürger zur Verfügung zu stellen. Die Beteiligung der Bürger an der politischen Arbeit der Abgeordneten und der Ratsmitglieder beginnt mit der Information über die Tätigkeiten als Volksvertreter. Jedem sollte es möglich sein, unabhängig von Ort und Zeit, politische Entschlüsse und Entscheidungen in Bielefeld nachvollziehen zu können. Audio- und Videostreams schaffen die dafür erforderliche Transparenz und Offenheit.

Im Sinne von Demokratie und Bürgerbeteiligung sollte die Stadt Bielefeld auch in der Informationspolitik auf Höhe der Zeit sein.

Auf diese Weise wollen wir das Interesse der Bielefelder Bürger an der Politik fördern und begleiten, und die Basis unserer Demokratie stärken.

Als Ergänzung zum bereits abgestimmten Programmpunkt: Die Protokolle und Tischvorlagen sind zusammen mit den Aufzeichnungen zeitnah nach oder bereits während der Sitzung zu veröffentlichen.
Der Datenschutz von Besuchern der Sitzung kann durch einfache Maßnahmen gewahrt werden.

Nichtöffentliche Sitzungen minimieren

Die Piratenpartei Bielefeld sieht die Notwendigkeit, auch nichtöffentliche Sitzungen abzuhalten. Allerdings ist der Ausschluss der Öffentlichkeit jeweils nachvollziehbar zu begründen und auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren.

Nichtöffentliche Sitzungsteile sind zudem ausschließlich an das Ende einer Sitzung zu legen. Darüberhinaus fordern wir, dass jeweils geprüft wird, ob eine nachträgliche Offenlegung der Ratssitzungen möglich ist.

Parlamentar - Transparenz im Parlament

Wir setzen uns dafür ein, dass das Abstimmungsverhalten der Kreistags- und Ratsmitglieder bei namentlichen Abstimmungen zentral veröffentlicht wird. Die Bürger können so feststellen, wie einzelne Politiker in der Vergangenheit entschieden haben. Der Entscheidungsprozess für Wähler wird dadurch massiv vereinfacht und transparenter gestaltet.

Verwaltung

Zugang zu Rathäusern und Bürgerbüros

Die Öffnungszeiten der Rathäuser und Bürgerbüros sollen besser an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst werden.

Dokumente der Kommunen

Formulare für Anträge müssen auch außerhalb der Öffnungszeiten, maschinenlesbar und barrierefrei verfügbar sein, damit sie auch postalisch oder online eingereicht werden können. Verordnungen der Gemeinden sollten ebenfalls auf diesem Weg zur Verfügung gestellt werden.

Einsatz von freier Software und offenen Datenformaten

Wir fordern die konsequente Nutzung von freier Software in der Verwaltung. Unter freier Software sind Programme zu verstehen, die kostenlos weitergegeben und auf beliebige Art genutzt und verändert werden dürfen. Die Nutzung solcher Programme reduziert die Anschaffungs- und Betriebskosten.

Proprietäre Software ist intransparent, mindert den Wettbewerb und erzeugt hohe Kosten in der Verwaltung der Stadt Bielefeld. Dies vermindert die Qualität, die die Verwaltung leisten kann. OpenSource-Software ist durch ~~seine~~ ihre Quellcodeoffenlegung völlig transparent und ermöglicht somit die Einbindung heimischer Unternehmen in Pflege und Wartung der Computerarbeitsplätze.

Thomas: 4.2 Die Definition von freier Software sollte hier nicht rein. Zumal das nicht mit verbreiteten Definitionen übereinstimmt. Ist hier irgendwie ein Mischmasch zwischen frei und kostenlos, Open Source und Freeware. Statt dessen lieber Link auf http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Software o. ä.

Warum proprietäre Software den Wettbewerb mindert, verstehe ich nicht.

Heimische Unternehmen für die Wartung findet man wahrscheinlich leichter für Windows und MS Office als für Linux und Open Office. Den Einsatz von OpenSource in der Verwaltung finde ich erstrebenswert. Die Begründung gefällt mir aber nicht.

Alternative zu 4.2:

Wir fordern die konsequente Nutzung von freier Software in der Verwaltung. Die Nutzung solcher Programme reduziert die Anschaffungs- und Betriebskosten. OpenSource-Software ist durch ihre Quellcodeoffenlegung völlig transparent. Sicherheitsrisiken können dadurch stark vermindert werden. Auch eine Anpassung an eigene Bedürfnisse ist möglich. Durch die freie Verfügbarkeit können diese Anpassungen auch von anderen Kommunen ohne Lizenzkosten genutzt werden, was zu weiteren Einsparungen führt.

Definition freie Software:

http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Software

Beispiel für den Einsatz freier Software in der Verwaltung:

<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/LiMux.html>

dafür: Rüdiger, Michael, Thomas, Lars, Balli

Bitte "Experten" über die Alternativen gucken

Bernd: Es sollte nach Möglichkeit die am besten geeignetste und kostengünstigste Software verwendet werden. Open Source bedeutet nicht zwangsläufig im Einsatz am preiswertesten. Spezialanfertigungen und Anpassungen können auch bei Open Source sehr teuer werden. Also, bitte genau abwägen.

Melddaten nur nach Zustimmung herausgeben

Einwohnermeldeämter können Daten an verschiedenste Einrichtungen gegen Geld weitergeben. Wir fordern, dass die Kommune dies freiwillig unterlässt.

Bis zu einer Änderung des Meldegesetzes sollte die Kommune die Einwohner aktiv auf die Möglichkeit des Widerspruchs hinweisen.

Noch einfügen: Begriff Opt-Out

Stärkung der örtlichen Verwaltung

Die Piratenpartei Bielefeld setzen sich dafür ein das die Ortsteilverwaltungen/Bürgerbüros beibehalten werden.

Eine Schließung wäre ein hoher Qualitätsverlust für die Menschen vor Ort, insb. für die, die auf eine lokale Verwaltung angewiesen sind.

(Gerade ältere, gebrechliche oder sozial schwache Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität auf eine Verwaltung vor Ort angewiesen.)

Sollte es aus Kostengründen nicht möglich sein die Ortsteilverwaltungen/Bürgerbüros zu erhalten, sollen alternativ "rollende Verwaltungsbüros" eingerichtet werden.

Überwachungsschutz in der öffentlichen Verwaltung

Der NSA-Skandal, aufgedeckt durch Edward Snowden, nimmt tagtäglich immer größere Ausmaße an. Dadurch lässt sich nicht ausschließen, dass auch die öffentliche Verwaltung der Stadt betroffen ist. Wir setzen uns dafür ein, dass dort wo möglich, Verschlüsselungsmaßnahmen überprüft und umgesetzt werden, um die Datensicherheit zu erhöhen. Außerdem soll die Verwaltung auf mögliche Datenlecks untersucht und diese sehr kurzfristig behoben werden.

Kein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen

Wir setzen uns für Versammlungsfreiheit und eine vielfältige und freie Nutzung des öffentlichen Raums ein. Wir lehnen Regelungen ab, die diese unnötig einschränken. Aus diesem Grund stellen wir uns gegen Verbote die, ohne konkrete Gefährdung, den Konsum von alkoholischen Getränken auf öffentlichen Plätzen untersagen. Statt Bevormundung fordern wir bereits im Vorfeld eine verantwortungsbewusste Aufklärungsarbeit zu leisten.

Kameraüberwachung im öffentlichen Raum minimieren

Die Piratenpartei Bielefeld fordert dass Kameraüberwachung im öffentlichen Raum nur in dringenden Fällen und zeitbegrenzt eingesetzt werden darf. Dies ist dann der Fall wenn im Überwachungsbereich bereits mehrfach schwerwiegende Straftaten verzeichnet wurden. Dabei darf dann auch nur ein enger Bereich überwacht werden. Diese Aufnahmen dürfen nur mit richterlichem Beschluss ausgewertet werden. Andernfalls müssen diese Daten nach spätestens 72 Stunden gelöscht werden.

Kommunikation der Notfallpläne

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass alle Notfallpläne und Katastrophenschutzpläne barrierefrei und maschinenlesbar der Öffentlichkeit regelmäßig zur Verfügung gestellt werden, bei der Neuplanung und Überarbeitung der Pläne sollten die Einwohner mit einbezogen werden.

Sicherheit und Ordnung

Die Piratenpartei Bielefeld fordert dass die streifendienstlichen Tätigkeiten der Polizei auch weiterhin durch diese erfolgen. Den Einsatz von privaten Hilfskräften lehnen wir ab. Maßnahmen des Ordnungsamtes sollen nicht durch private Unternehmen durchgeführt werden.

Öffentliche Räume die privaten Unternehmen (z.B. Deutsche Bahn AG) gehören, können selbstverständlich auch weiterhin von privaten Sicherheitsunternehmen geschützt werden.

Kennzeichnungspflicht der Polizei

Die Piratenpartei Bielefeld fordert dass Polizisten, die in Bielefeld eingesetzt wird, zu jeder Zeit durch Kennzeichnungen eindeutig identifiziert werden könne.

(besserer Text folgt wenn ich was zu pasten copyen finde)

Mittel für Rettungsdienste

Die Rettungsdienste innerhalb der Stadt Bielefeld sind seit Jahren unterfinanziert. Eine Arbeit mit neuen technischen Gerätschaften, die Sicherheit sowohl für Einsatzkräfte als auch für alle Beteiligten verbessern würde, bleiben den Rettungskräften somit oftmals verwehrt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Stadt ihre Mittel für Rettungskräfte erhöht. Desweiteren setzen wir uns dafür ein, daß die Einwohner Bielefelds stärker in Erste Hilfe und Brandschutz ausgebildet werden.

Keine Diskriminierung

Wir wenden uns entschieden gegen die Diskriminierung sogenannter sozialer Randgruppen. Wir sehen alle Menschen als gleichberechtigte Bürger unserer Stadt an, die Anspruch darauf haben, im öffentlichen Raum aufzutreten und sich wie alle Bürger frei zu entfalten. Wir setzen uns für niederschwellige Angebote ein, um allen Menschen zu helfen, ein selbstbestimmtes Leben gemäß ihrer eigenen Vorstellungen zu führen.

„Buddeln & Baggern“

Stadtentwicklung

Die Piratenpartei versteht den öffentlichen Raum als Freiraum für alle. Dieser muss erhalten und gestaltet werden. Das betrifft den Raum an sich, der auch langfristig Freiflächen in den oftmals dicht bebauten städtischen Quartieren bieten soll. Es betrifft aber auch das Zusammenleben in diesem Raum, das einerseits von gegenseitigem Miteinander und Rücksichtnahme geprägt sein muss, andererseits aber nicht zu diesem Zwecke überreglementiert werden darf. Es muss gewährleistet sein, dass die oben beschriebenen Aufgaben des öffentlichen Raumes gesichert sind. Außerdem ist stets zu beachten, dass einerseits öffentlicher Raum nicht unter Wert an Privatinvestoren verkauft wird und andererseits keine neuen Verbindlichkeiten im Rahmen solcher Projekte entstehen. Damit sind unserer Ansicht nach wichtige Voraussetzungen für eine nachhaltige und an langfristig zukunftssicheren Werten orientierte Stadtentwicklung gegeben.

Barrierefreiheit

Straßen und Wege müssen als öffentlicher Raum allen Nutzern möglichst gut zur Verfügung stehen. Die Piratenpartei tritt deshalb dafür ein, alle Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit kontinuierlich fortzusetzen. Neben den Absenkungen von Bordsteinkanten und ausreichend breiten Wegführungen, sehen wir einen wichtigen Aspekt auch im Austausch von Kopfsteinpflaster gegen nutzungsfreundlichere Straßenbeläge wie ebene Pflasterungen oder Asphalt/Bitumendecken. Dies macht solche Straßen nicht nur für Rollstuhlfahrer nutzbar, es erhöht die Sicherheit auch massiv für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Bei solchen Maßnahmen sollten jedoch immer auch Belange des Denkmalschutzes angemessen Berücksichtigung finden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Ein engmaschiges Netz von Verkehrslinien sowie eine häufige Bedienung der Haltestellen ist die Grundlage für einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Die Piratenpartei setzt sich deshalb dafür ein, dass das Nahverkehrsnetz in Bielefeld und der Region konsequent fortentwickelt wird. Dabei sollte darauf hingearbeitet werden, die verschiedenen Verkehrsbetriebe der Region besser miteinander zu verknüpfen, um auch angrenzende Stadtteile verschiedener Städte sowie deren ländliches Umland direkt zu verbinden. Senkungen der Fahrpreise halten wir kurzfristig für geboten, um die Attraktivität des Nahverkehrs und damit auch die Fahrgastzahlen zu steigern. Langfristig will die Piratenpartei die Umsetzung des fahrscheinlosen ÖPNV erreichen.

Sozialticket

Die Piratenpartei Bielefeld sieht ein Sozialticket als Überbrückung bis zur Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV und unterstützt diese Maßnahme daher vorübergehend unter der Voraussetzung einer Kostensenkung auf ein Niveau unter 21€ pro Monat und der uneingeschränkten Verfügbarkeit an allen Fahrscheinautomaten und Verkaufsstellen.

Verkehr

Die Piratenpartei setzt sich für eine ausgewogene Verkehrspolitik ein und lehnt eine Überreglementierung ab. Verkehrspolitik ist wie kaum ein anderes Politikfeld die “Politik des öffentlichen Raumes”. Verkehrspolitische Entscheidungen bestimmen nicht nur, auf welche Weise der öffentliche Raum genutzt werden kann, sondern auch, wie stark auf die Belange der verschiedenen Nutzergruppen Rücksicht genommen wird.

Um die individuellen Mobilitätsbedürfnisse erfüllen zu können, sind bei verkehrspolitischen Entscheidungen die Belange des öffentlichen Verkehrs besonders zu berücksichtigen. Busse, Bahnen und andere gemeinschaftlich genutzte Verkehrsmittel, wie zum Beispiel Carsharing-Angebote, ermöglichen auch solchen Bürgern eine hohe Mobilität, die sich kein eigenes motorisiertes Fahrzeug leisten können oder wollen. Gerade diese nutzen ergänzend zum öffentlichen Verkehr aber auch günstige und besonders genügsame Verkehrsmittel wie Fahrräder und die Fortbewegung zu Fuß. Auch ihre Bedürfnisse sind deshalb ernst zu nehmen, insbesondere dürfen Fuß- und Fahrradverkehr und öffentlicher motorisierter Verkehr nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bei all dem müssen aber auch die Anforderungen des motorisierten individuellen Verkehrs angemessen berücksichtigt werden, da die hohe Nutzungsdichte von Autos derzeit noch eine gesellschaftliche Realität ist. Schließlich gibt es noch Bedürfnisse des Güterverkehrs, der ein wichtiges Standbein unserer gesamten Wirtschaft bildet und ebenfalls in hohem Maße auf funktionierende und seinen Anforderungen entsprechende Verkehrswege angewiesen ist. Die Piratenpartei setzt sich für einen öffentlichen Raum ein, der allen gehört und in dem Regelungen nur auf der Grundlage zwingender Notwendigkeiten, nicht aber überregulierend getroffen werden. Wir setzen auf den mündigen, selbstbestimmten Verkehrsteilnehmer und fordern deshalb ein Minimum an Regeln für Fußgänger, Rad- und Autoverkehr. Eine zu große Reglungsdichte vermindert die Akzeptanz der Verkehrsregeln insgesamt.

Förderung des Fahrradverkehrs

Die Piratenpartei setzt sich für eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Förderung des Fahrradverkehrs ein. Das Fahrrad stellt für viele Transportaufgaben gerade im städtischen Kontext das flexibelste und gleichzeitig ressourcenschonendste Verkehrsmittel überhaupt dar.

In Bezug auf die Anforderungen und Ansprüche seiner Nutzer ist der Fahrradverkehr wohl das am wenigsten einheitliche Verkehrssystem. Von Kindern auf Schul- oder Freizeitwegen über Mittelstreckenpendler auf dem Weg zur Arbeit bis hin zu Vielfahrern mit überregionalen Wegen sind alle Nutzungsformen vertreten. Die Geschwindigkeit von Radfahrern kann ähnlich der von Fußgängern sein, reicht aber auch vielfach bis fast an die durchschnittliche Geschwindigkeit eines Autos im Stadtverkehr heran. All diese Nutzer des Verkehrssystems “Fahrrad” stellen an die Regulierung ihres Verkehrsmittels unterschiedliche Anforderungen, die nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. Die Piratenpartei setzt sich für eine möglichst flexible Regelung des Fahrradverkehrs ein.

Oberstes Ziel der Stadtentwicklung soll es sein, jedem Einwohner der Stadt Bielefeld angemessenen und menschenwürdigen Wohn- und Lebensraum zu bieten.

Soziale Durchmischung

Wir fordern eine möglichst starke soziale Durchmischung aller Wohnquartiere, um allen Einwohnern zu ermöglichen, Menschen anderer Kulturen, anderer Herkunft, anderer sozialer Schicht und anderen Glaubens kennenzulernen und die Möglichkeit zu erhalten, Respekt und

Toleranz für andere Menschen zu erlernen, von anderen Menschen zu lernen und die Möglichkeit zu erhalten, sich frei für seine eigene Lebensweise zu entscheiden. Wir fordern eine inkludierende Stadtplanung statt einer Verfestigung der Segregation. Die Bildung von sozialen Brennpunkten soll um jeden Preis verhindert werden. Soziale Brennpunkte führen zu einer Stigmatisierung und Diskriminierung ihrer Einwohner und verschlechtern damit die Zukunftschancen ihrer Einwohner.

Jugend

Die Sozialisation eines Menschen beginnt mit der Geburt und endet mit dem Tod. Wichtige Teile der Sozialisation finden jedoch im Kindes-, Jugend- und jungen Erwachsenenalter statt. Während dieser Zeit findet die Sozialisation vorwiegend im wohnungsnahen Umfeld statt (Spielplatz, Kita, Schule). Es ist daher besonders wichtig, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein lebenswertes Wohnumfeld mit förderlichen Peer-Groups zu bieten.

Neubaugebiete

Da sich die Zahl der Haushalte in Bielefeld voraussichtlich langfristig eher verringern wird, lehnen wir die Ausweisung neuer Baugebiete auf bisher nicht erschlossener Fläche ab. Statt dessen soll durch Neubau in den bisherigen Quartieren neuer Wohnraum geschaffen werden.

Quartiersentwicklung

Die bisherigen Quartiere sollen durch eine Aufwertung ihrer Zentren verbessert werden. Neue soziale Einrichtungen sowie Sport-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sollen geschaffen werden, um eine stärkere Identifikation der Einwohner mit ihren Quartieren zu fördern.

Nachbarschaft

Das Zusammenleben in den Quartieren soll durch eine Förderung von Nachbarschaftsbegegnungszentren verbessert werden. Dazu fordern wir insbesondere eine stärkere Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus.

Innere Sicherheit

Wir erkennen an, daß die subjektiven Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Die Verbesserung der Einsehbarkeit von öffentlichen Flächen wie z.B. Kinderspielplätzen, halten wir jedoch für kein geeignetes Mittel, um Kriminalität und andere soziale Probleme zu bekämpfen.

Verkehr

Wenn neue Wohnbaugebiete ausgewiesen werden, dann sollen diese vorzugsweise in der Nähe der bisherigen und künftigen Stadtbahn-Linien ausgewiesen werden, um eine stärkere Nutzung des ÖPNV kostengünstig zu ermöglichen.

Bedarfsgerechtes Wohnen

Beim Bau und der Sanierung von Wohnraum soll auf die aktuellen und zukünftigen individuellen Bedürfnisse der Bewohner geachtet werden. Es soll ausreichend Wohnraum für

Familien geschaffen werden. Da die Bevölkerung Bielefelds zunehmend älter wird, soll verstärkt auf Barrierefreiheit geachtet werden.

Sozialgerechte Bodennutzung

Es soll überprüft werden, ob das Münchener Modell der Sozialgerechten Bodennutzung in Bielefeld angewendet werden kann.

Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Nahverkehr

Wir fordern das Ende der Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr.

Die Verkehrsbetriebe versuchen, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste durch den Einsatz von Überwachungskameras zu steigern. In einer Gefahrensituation können Kameras jedoch nicht eingreifen und Straftaten verhindern.

Stattdessen wird durch Videoüberwachung tief in die Grundrechte der Bürger eingegriffen und es wird es immer leichter, Bewegungsprofile zu erstellen.

In weitläufigen Bahnhöfen, wo eine Videoüberwachung für den Brand- und Katastrophenschutz unabdingbar ist, sollen jedoch Ausnahmen gelten. Um die tatsächliche Sicherheit zu verbessern sind zum Beispiel "physische Sicherheitskräfte" einsetzbar.

Den Begriff "Öffentlicher Nahverkehr" noch auf Bielefeld spezifizieren

Medizinische Fakultät

Der Kreisverband Bielefeld der Piratenpartei setzt sich für die Schaffung einer Medizinischen Fakultät mit Schwerpunktsetzung auf Medizinische Soziologie und Sozialmedizin an der Universität Bielefeld ein. Zugleich wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich mit Planung und Realisierung zu beginnen.

Da die Piratenpartei Bielefeld sich der desolaten Haushaltslage der Stadt Bielefeld bewusst ist, fordert sie eine genaue Berechnung des Kostenanteils im Vorfeld der endgültigen Entscheidung für eine Einrichtung einer medizinische Fakultät, der für die Stadt Bielefeld entstehen würde, damit eine seriöse Abwägung der durch die Einrichtung möglicherweise notwendigen Kürzungen in anderen Bereichen (z.B. Soziales, Kultur, Sport, usw.) möglich ist. Diese Abwägung soll mittels eines Bürgerbegehrens durch die Einwohner der Stadt Bielefeld, zur verbindlichen Entscheidung auf direktdemokratischem Wege, durchgeführt werden.

Stadtbahnausbau

Die Piratenpartei Bielefeld spricht sich grundsätzlich für den Ausbau der Stadtbahn aus. Die Letztentscheidung über Ausbau und Linienführung sollen die Bürgerinnen der Stadt Bielefeld in einem Ratsbegehren treffen

Freies WLAN

Die Piratenpartei Bielefeld fordert die Einführung eines freien WLANs im öffentlichen Raum, welches den ungehinderten Zugang zum Internet ermöglicht. Ein Pilotprojekt soll auf dem Kesselbrink und auf dem Siegfriedplatz gestartet werden.

„Familiengedöhns“

Soziales

Kinder- Jugend- und Familie

Kostenfreier Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch

Die Piratenpartei Bielefeld fordert einen kostenfreien Besuch von städtischen Kindergärten, Kinderkrippen und andere Kindertagesstätten.

Kann die Gemeinde keine entsprechenden Plätze zur Verfügung stellen, hat sie umgehend für eine ortsnahe Betreuung zu sorgen, z.B. durch Tagesmütter.

Zusatz: kostenfreies Essen (Andre), Lt Gesetz dürfen Tagesmütter "offiziell" keine Speisen anbieten, da die Hygienischen Voraussetzungen nicht gewährleistet sind.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich für eine effektive und gut ausgestattete offene Kinder- und Jugendarbeit ein.

Kürzungen in diesem bereits mit zu knappen Mitteln ausgestatteten Bereich sind nicht tolerierbar.

Jugendschutz für neue Medien

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass Familien Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden, um Ihre Kinder bei einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien zu unterstützen. Der Jugendschutz soll nicht durch Verbote oder technische Hürden erfolgen, sondern durch das Erlangen von Kompetenz und Erfahrung.

Förderung autonomer Jugendzentren

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass autonome Jugendprojekte, insbesondere selbstverwaltende Jugendzentren, gefördert und bewahrt werden.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert einen besseren Schutz von Menschen vor häuslicher Gewalt. Um dies zu erreichen, muß das Gewaltschutzgesetz sowie das Polizeigesetz NRW § 34a konsequent umgesetzt werden.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, daß die Elternkompetenzen gestärkt werden. Dazu fordern wir, daß Eltern (Erziehende) mit finanziellen Anreizen motiviert werden, entsprechende Kurse zu besuchen. Desweiteren fordern wir mehr finanzielle Unterstützung für Elternberatungsstellen.

Begründung: Es hat sich gezeigt, daß gerade Menschen aus bildungsfernen Familien Kindererziehungskurse besuchen, wenn finanzielle Anreize dafür bestehen. Untersuchungen haben ergeben, daß Eltern, die Kindererziehungskurse besucht haben, die erlernten Kenntnisse bei der Erziehung ihrer Kinder tatsächlich umsetzen.

Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich für die Einrichtung von Beschwerdestellen, aufgrund sexueller Belästigungen ein. Diese sollen für Schulen und öffentliche Einrichtungen vor Ort zuständig sein und können von jedem Menschen in Anspruch genommen werden.

Ergänzung Mobbing und Diskriminierung

Förderung der Schwachen

Die Piratenpartei Bielefeld setzt sich dafür ein, dass sozial schwache Gruppen und Minderheiten aktiv gefördert werden, z.B. Selbsthilfegruppen, Begegnungsstätten, Wohnheime und Gemeinschaftsküchen.

Mehr Raum für Kultur

Die finanzielle Kulturförderung soll sich weniger auf die traditionelle Hochkultur beschränken, sondern verstärkt kleineren Projekten, Festivals, Subkulturen und jungen Künstlern zukommen. Wir, die Piratenpartei Bielefeld haben einen breiteren Kulturbegriff und setzen uns dafür entsprechend ein. Wir wollen weg vom Kulturkonsum, hin zu einer mitgestalteten Kultur.

Seniorenpolitik

Wir fordern ein zukunftsfähiges Konzept, um dem demographischen Wandel gerecht zu werden. Hierbei wollen wir die Einwohner, Vereine und sonstigen zivilgesellschaftliche Initiativen, an der Erarbeitung des Konzeptes beteiligen.

Barrierefreiheit

Bei allen öffentlichen Gebäuden, Plätzen und Gehwegen ist bei Sanierungen auf die Barrierefreiheit zu achten.

Auch die kommunalen Kommunikationswege wie z.B. Webseiten sind barrierefrei zu gestalten.

Breitensportangebote stärker ausbauen und fördern

Bei städtischen Sport- und Freizeitangeboten wird seit vielen Jahren massiv gespart; die Breitensportangebote in unserer Stadt werden immer stärker mit wirtschaftlichen Interessen verbunden. Leidtragende sind nicht nur die kleineren Vereine und Vereine, die in Stadtteilen angesiedelt sind, in denen die Armut immer größer wird (s. Gentrifizierung), sondern auch jeder Mensch in unserer Stadt.

Das Breitensportangebot einer modernen, zukunftsorientierten und attraktiven Stadt ist eines der wichtigsten Freizeitangebote für alle Menschen, die in unserer Stadt leben. Sport fördert nicht nur das gesellschaftliche Miteinander und soziale Kontakte, sondern trägt auch sehr stark zur Integration und Gesundheit bei. Hierbei ist es für die Piratenpartei Bielefeld wichtig, dass allen Menschen, die in unserer Stadt leben, der Zugang zu allen verschiedenen Sportvereinen, die dem Stadtsportbund angeschlossen sind, gewährt wird. Ohne Ausnahme und diskriminierungsfrei - denn wenn Freizeit- und Breitensportangebote nur noch von wirtschaftlichen Interessen abhängig gemacht werden, wird die Spaltung unserer Gesellschaft noch schneller vorangetrieben, als sie es jetzt schon ist.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert:

- Weitere Beitragserhöhungen bei städtischen Sporteinrichtungen verhindern/reduzieren (wie z.B. Mitgliedsbeiträge, Eintrittspreise, Mieten für Hallen etc.)
- Ausbau von Behinderten- und Seniorensportangeboten, "Rund-um-die-Uhr-Angebote" (auch an Wochenende, Feiertagen und nachts)
- Stärkere Förderung von Fan-Projekten / Gruppen, die gegen Gewalt und Rassismus sind
- Regelmäßige Überprüfung der Trainingsmöglichkeiten, wie z.B. Plätze, Hallen, Turngeräte etc. und bei Bedarf Anpassung auf den neuesten Stand. (Auch bei Turnhallen/Schulen)
- Aktive Unterstützung der Arbeit gegen sexualisierte Gewalt, Gewaltanwendung, Diskriminierung, Homophobie, Rassismus im Sport
- Aktive Unterstützung der Arbeit gegen leistungssteigernde Medikamente o.ä. bei sportlichen Wettkämpfen (= Vorteilsnahme und Betrug)
- Aktive Unterstützung der Arbeit gegen Manipulation bei sportlichen Wettkämpfen (Bestechung / Sportwetten etc.)
- Offenlegung der Zahlungsströme von Stadt an Vereine und auch von Vereinen an Stadt (Transparenz)
- Öffnung der kommunalen Sportanlagen für vereinsungebundene Sportler
- Ausbau der Infrastruktur insbesondere in Hinblick auf den Schul-, Freizeit- und Breitensport

Bildung

Ausbau der Schulsozialarbeit

Wir fordern die Ausweitung der Schulsozialarbeit.

Schulsozialarbeit unterstützt das lehrende Personal bei vielfältigen Aufgaben.

Beratungsarbeit, Eltern- und Netzwerkarbeit nehmen einen erheblichen Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeit ein

Medienausstattung

Die Medienausstattung an allen städtischen Schulen ist oft veraltet und entspricht nicht mehr dem Standard. Wir fordern eine deutliche Anhebung der Mittel für die technische Schulausstattung. Der freie Zugang zu technischen Lern- und Lehrmedien wie Computer, Whiteboards, Foto- und Filmausstattung und neuen Kommunikationsmedien (Internet) sichert eine Bildungsgerechtigkeit und verhindert informationstheoretische Analphabetismus.

Wie erwarten wir einen zügigen Aufbau von W-lan-Netzen an Berufsschulen und Berufskollegs und einen ungefilterten (ungehinderten) Zugang zum Internet für das Lehrpersonal.

Durch die Umstellung auf freie Lehr- und Lernmaterialien und Software ließe sich nicht nur Geld einsparen, sondern auch OER (Open Educational Resources) gefördert werden.

Kommunale Drogen- und Suchtpolitik

Konzept für ein Modellprojekt zum gewerblichen Anbau von Cannabis (koppeln mit CSC)

Cannabis Social Clubs

Wir unterstützen die Schaffung von Cannabis-Social-Clubs in Bielefeld. Dabei handelt es sich um staatlich kontrollierte, geschlossene Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften (kurz:CSC). Mit dieser Entkriminalisierung kann endlich Jugend- und Verbraucherschutz gewährleistet werden. Dem organisierten Verbrechen wird so die Geschäftsgrundlage entzogen und der Verbraucher wird zum legalen Steuerzahler. Teile der Erlöse sollen direkt der Prävention- und Therapiesarbeit zugeführt werden.

Bielefeld - eine moderne, pluralistische, lebenswerte Stadt für alle Weltanschauliche und religiöse Neutralität in Bielefeld

In Bielefeld leben Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Kultur sowie verschiedener Religionen und Weltanschauungen zusammen. Grundlage für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben ist die konsequente Trennung von Staat und Religion und die strikte Neutralität des Staates und damit auch der Kommunen gegenüber den verschiedenen Weltanschauungen und Religionen.

Das Grundgesetz garantiert die Freiheit der Religion. Diese Freiheit bedeutet nicht nur die Freiheit, die eigene Religion selbst zu wählen und auszuüben, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung und das Recht, frei von einem Glauben zu leben. Im Interesse einer pluralistischen Gesellschaft ist es auch Aufgabe der Stadt Bielefeld, diese Religionsfreiheit zu garantieren.

Die PIRATENPARTEI Bielefeld fordert daher:

- **Ein neutrales öffentliches Bildungswesen** [1], das sicher stellt,
- dass alle Kinder unabhängig von Glaube und Herkunft ein Aufnahmerecht im nächstgelegenen Kindergarten und an der nächstgelegenen Schule bekommen,
- dass Kinder und Jugendliche an allen (überwiegend) öffentlich finanzierten Einrichtungen keine besondere religiöse oder weltanschauliche Prägung erhalten und keinen Religionsunterricht in einem Bekenntnis besuchen müssen, dem sie nicht angehören.
- **Die weltanschauliche und religiöse Neutralität in allen kommunalen Einrichtungen und Räumen, das heißt**
- keine religiösen Symbole in diesen,
- keine "Einsegnung" dieser bei Neuerrichtung etc.,
- Gestaltung von kommunalen Feiern ohne religiöse Bezüge,
- Streichung von Verhaltensvorschriften (z.B. an Feiertagen), die der Allgemeinheit aufgrund religiöser Auffassungen auferlegt werden,

- bei Eidesformeln soll es Eidablegenden frei stehen, dem Eid eine persönlich gewählte religiöse Bekräftigung anzuhängen, im Übrigen soll ein Eid aber neutral formuliert sein.
- **Die Förderung neutraler sozialer Einrichtungen.**
- Die christlichen Bevölkerungsanteile in Deutschland nehmen immer stärker ab. Inzwischen sind schon ca. 38% der Bevölkerung konfessionell ungebunden. Diesem ist insbesondere auch bei sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern oder Altenheimen Rechnung zu tragen.
- **Keine religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz und keine religiösen Sonderarbeitsrechte[2]**
- Antidiskriminierungsbestimmungen müssen auch in religiösen Einrichtungen gelten, wenn diese (überwiegend) öffentlich finanziert werden. In diesen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser etc.) soll allein die fachliche Qualifikation Hauptkriterium bei der Besetzung von Stellen und Leitungspositionen sein (insbesondere auch, da sonst ein großer Anteil der Bielefelderinnen und Bielefelder von diesen Arbeitsplätzen ausgeschlossen sind, da aufgrund der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland religiöse Träger den größten Teil der Arbeitsplätze im sozialen Bereich anbieten),
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesen Einrichtungen (wie z.B. denen der Caritas oder Diakonie) müssen alle grundgesetzlich garantierten Arbeitnehmerrechte gewährt werden (Betriebsrat, Streikrecht, ordentliche Tarifverträge, Religionsfreiheit, selbstbestimmte Lebensführung usw.).

„Ökozeug“

Natur- und Landschaftspflege

Wir fordern die Ausweitung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, sowie den Einsatz von Schutzgebietsverantwortlichen. Die Planung für Wohnbesiedlung, Straßenbau und Industriegebiete hat so zu erfolgen, dass vorhandene schutzbedürftige Flächen nicht zerschnitten werden und deren natürliche Einheit erhalten bleibt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Wohlstand unserer Kommune nicht nur finanziell definiert wird. Die Grundlagen für ökonomisches und ökologisches Handeln müssen beachtet werden um langfristig Wohlstand zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, Unternehmen zu bevorzugen, die strenge Kriterien der Nachhaltigkeit beachten.

Die Piratenpartei Bielefeld fordert die Umweltauflagen für die Unternehmen regelmäßiger und konsequenter zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Kontrollen müssen barrierefrei und maschinenlesbar veröffentlicht werden.

"Essbare Stadt"

Die Piratenpartei Bielefeld fordert die Umsetzung des Konzepts "Essbare Stadt".

Kommunale Grünanlagen, die durch Städte und Gemeinden unterhalten werden, verwildern auf Grund der klammen finanziellen Lage. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Grünanlagen nach dem Prinzip des urbanen Gartenbaus bepflanzt werden. Dort werden lokale Gemüse-, Obst-, Kräuter- und Wildpflanzen auf den Flächen angebaut und der Bevölkerung zur Ernte freigegeben. Dadurch, dass diese Pflanzen nur einmal pro Jahr gepflanzt werden müssen, fällt eine mehrmalige Neubepflanzung weg und es werden Kosten gespart. Die Lebensqualität der Bürger wird sich dadurch ins Positive verändern und es wird gleichzeitig ein nachhaltiger Gartenbau betrieben. Die Stadt Andernach am Rhein führt dieses Prinzip bereits seit 3 Jahren durch und kann positive Erfolge vermelden.

<http://www.land-der-ideen.de/ausgezeichnete-orte/preistraeger/andernach-essbare-stadt>

Umweltgerechte Ernährung

Die Bielefelder Piratenpartei fordert die Unterstützung einer umweltgerechteren Ernährung, um den Verbrauch von natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Damit soll erreicht werden, daß der Ausstoß von CO₂ und die Entstehung von Schadstoffemissionen reduziert wird.

Außerdem soll dadurch der Bedarf an landwirtschaftlichen Nutzflächen reduziert werden. Die freigewordenen Flächen sollen nur in Ausnahmefällen in Bauland umgewandelt werden. Stattdessen sollen Wälder wieder aufgeforstet werden und Naturwiesen angelegt werden.

Ansiedlung von Wildtieren

Die Bielefelder Piratenpartei begrüßt die Rückkehr von Wildtieren in unsere Heimat. Tiere, die bis vor kurzem in unserer Heimat als ausgerottet galten wie etwa Wölfe, Luchse und Biber kehren in letzter Zeit immer mehr in unsere Wälder zurück, auch in OWL. Wir begrüßen diese Zuwanderung und wollen dazu beitragen, unsere Heimat natürlicher zu gestalten, um die Ansiedelung von Wildtieren zu fördern.

Energie

Energieerzeugung und -verteilung

Den Einsatz von Atomkraftwerken lehnen wir ab.

Wir fordern den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und die Abkehr von fossilen Energiequellen. Soweit möglich, soll ein größtmöglicher Anteil des Ökostroms regional gewonnen und genutzt werden. Die Piratenpartei Bielefeld lehnt jegliche Form des Fracking zur Gewinnung von fossilen Energieträgern ab.

Die Energiegewinnung der Zukunft liegt in der Dezentralisierung, hierfür sollen die Bürger verstärkt eingebunden werden.

Wir sind für den Ausbau von dezentralen Versorgungsstrukturen, zusammen mit einer verbesserten Verbindung der Leitungsnetze, auch im grenznahen Bereich.

In diesem Zusammenhang sind wir auch für die Einrichtung entsprechender Speichertechnologien. (-> redaktionelle Bearbeitung des Satzes)

Städtische Immobilien

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, dass alle neuen Gebäude der Stadt Bielefeld und ihrer Gesellschaften als Nullenergie- oder gar Plusenergiegebäude konzipiert werden und die EU-Gebäuderichtlinie für das Jahr 2020 schon heute überzuerfüllen.

Interessante Technologien sind dabei Wärmerückgewinnung, Wärmepumpen, Solarthermie, Biomassenheizungen (z.B. Pellets oder Hackschnitzel) und Photovoltaik und natürlich eine effiziente Gebäudedämmung. Beim Einsatz von Biomasse soll darauf geachtet werden, dass diese nachhaltig gewonnen wird. Wärmepumpen sollen eine möglichst hohe System-Jahresarbeitszahl (mindestens 3,5 nach dena-Effizienzkriterien) haben, damit sie auch im Winter mit einer vertretbaren Effizienz betrieben werden können.

Die Stadt Bielefeld wird dazu aufgefordert dem (Vorbild Dänemarks) Staat Dänemark zu folgen und (vorbildhaft) den Einsatz von Öl- und Gasheizungen im Neubau kategorisch zu unterlassen. Dies ist soweit möglich auch bei der Sanierung von Altbauten zu beachten. Wo dies nicht möglich ist, muss mindestens der Einsatz von Heizwertgeräten, wie sie zum Beispiel die BGW noch massenhaft einsetzt, so schnell wie möglich beendet werden. Solche Anlagen sollen durch Brennwertgeräte ersetzt werden, die schon seit geraumer Zeit den Stand der Technik darstellen.

Die Piratenpartei Bielefeld ist sich bewusst, dass es Vorbehalte, wie z.B. Angst vor Schimmelbildung, gegen übermäßiger Gebäudedämmung gibt. (redaktionell --- besserer Übergang) Daher setzt sich die Piratenpartei Bielefeld für einen gesunden Technologiemix ein, der nicht einseitig auf Dämmung setzt und die anderen Technologien ausreichend mitberücksichtigt. Ebenfalls sollen Aufklärungsangebote (z.B. richtiges Lüften) viele Probleme im Vorfeld vermeiden.

Kommunaler Fuhrpark

Die Piratenpartei Bielefeld fordert, den kommunalen Fuhrpark konsequent auf umweltfreundliche Antriebsarten umzustellen.

...fordert, dass konsequent ein Abbau des kommunalen Fuhrparks in Richtung der Anschaffung von Rädern, Rikschas oder Lastenfahrrädern geprüft wird